



„Gemischte Gefühle“ - Thüringen-Monitor 2016

Studie der Jenaer Uni markiert Herausforderungen für Politik und Zivilgesellschaft

Der Thüringen-Monitor 2016, der unter der Titel steht „Gemischte Gefühle: Thüringen im Zeichen der ‚Flüchtlingskrise‘“, soll am 11. November - nach einer Regierungserklärung von Ministerpräsident Bodo Ramelow - im Landtag debattiert werden. Zum vorab veröffentlichten Fazit der auf einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung vom 30. Mai bis 25. Juni 2016 beruhenden Untersuchung eines Forscherteams der Friedrich-Schiller-Universität folgende Einschätzungen aus der Linksfraktion:

„Der Monitor gibt erneut wichtige, in Teilen in sich widersprüchliche Einblicke in das politische Meinungsklima. Gerade mit dem gewählten Schwerpunktthema markiert die Studie Hausaufgaben, die von Politik und Zivilgesellschaft jetzt geleistet werden müssen“, sagte die flüchtlingspolitische Sprecherin Sabine Berninger.

Die gemessenen Werte zeigten, dass Politik Begegnungen und Kennenlernen ermöglichen müsse, um bestehende Widersprüche in den Ein- und Vorstellungen zu beseitigen. Äußerst positiven Werten, wie der Aussage von 79 Prozent der Befragten, Flüchtlingen sollten legale Möglichkeiten der Einreise nach Deutschland eröffnet werden, stünden Vorstellungen restriktiver Asylpolitik und vorurteilsbehaftete Befürchtungen in der Thüringer Bevölkerung gegenüber, die mit der realen Situation nicht übereinstimmten. So se-

hen die Autoren anhand des wirtschaftlich günstigen Kontextes und der positiven Bewertung der allgemeinen und individuellen wirtschaftlichen Lage in Thüringen Anlass zu einer „Dämpfung“ der Sorgen um die Integrationskapazität, die jedoch nicht gemessen worden sei. Stattdessen befürchte mehr als die Hälfte der Befragten Veränderungen ihrer Lebensweise und definiere Integration als „Plan B“, solange nicht die befürchtete Heterogenität durch Abschiebung abgelehnter Asylsuchender verhindert werden könne.

52 Prozent fühlen sich „gefährlich überfremdet“

Katharina König, Sprecherin der Fraktion für Antifaschismus, erklärte: „Der Rückgang der erfassten extrem rechten Einstellungen ist positiv, kann jedoch nicht über die reale Zunahme rassistischer und neonazistischer Aktionen, Versammlungen und gewalttätiger Übergriffe insbesondere auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte hinwegtäuschen.“

Dass über 52 Prozent der Menschen trotz eines Anteils von nur vier Prozent Geflüchteter und MigrantInnen in Thüringen sich dennoch 'gefährlich überfremdet' fühlen und annähernd zwei Drittel der Befragten eine starke Hand und ein hartes Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland befürworten, ist äußerst bedenklich. Der Monitor zeigt jedoch auch, dass eine Mehrheit der Bevölkerung für Solidari-

tät und für soziale Gerechtigkeit steht und ein Aufhetzen der Gesellschaft durch die AfD ablehnt. Wie nicht nur der in Bayern getötete Polizist zeigt, geht von der extremen Rechten weiterhin eine akute Bedrohung für die Gesellschaft aus, die ein konsequentes Vorgehen gegen Neonazismus und alle Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit nötig macht.“ Der vom Monitor festgestellte „gesellschaftliche Konsens“ von ressentimentgeleiteten Haltungen gegenüber Muslimen in Thüringen ist aus Sicht der LINKEN eine der großen Herausforderungen.

„Dort, wo es reale Probleme gibt, müssen diese angegangen und gelöst werden. Thüringen ist hier anders als die Bundesregierung bei der Integration und Aufnahme Geflüchteter schon auf gutem Weg. Wir brauchen mehr Bekenntnisse und Taten für soziale Gerechtigkeit, ein Mehr an staatlichen Investitionen in Bildung, Arbeit und Soziales. Vor dem Hintergrund der vielfach weiterhin empfundenen Benachteiligung bedarf es auch einer Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West“, sagten die beiden Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Ausführlich im Internet unter: <http://www.die-linke-thl.de/nc/fraktion/aktuell/detail/zurueck/aktuell-7/artikel/thueringen-monitor-markiert-herausforderungen-fuer-politik-und-zivilgesellschaft/>

AKTUELL

Neonazis verbreiten Mordaufrufe gegen Abgeordnete

„Es ist unfassbar, dass Neonazis ungehemmt Mordaufrufe gegen Katharina König und ihren Vater verbreiten“, sagt Susanne Hennig-Wellsow. Eine Neonazi-Band hat ein Lied auf CD gepresst und vertreibt dies in der Szene sowie im Netz, in dem detailliert und brutal die geplante Ermordung der Abgeordneten und ihres Vaters Lothar König beschrieben und auch ihr Wahlkreisbüro Haskala mehrmals genannt wird. „Das ist widerlich und ein neuer menschenverachtender Abgrund rechter Hetze.“

Das Lied „Katharina König“ der Schweizer Neonazi-Band „Erschießungskommando“, die Verbindungen zu Neonazis in Deutschland hat, wurde u.a. im Internet verbreitet. Es ist eines von elf Hasstiteln einer neuen CD, die auch zum Töten von Jüdinnen

und Juden aufruft. In dem Lied gegen Katharina König heißt es u.a., sie werde grausam sterben und vom Landtag auf einer (Leichen)Bahre landen.

„Der Liedtext strotzt nur so von Menschenverachtung, Hass und barbarischen Gewaltphantasien. Damit wird zum Lynchmord aufgehetzt. Da aus Worten schnell Taten werden, haben wir sofort Kontakt mit der Polizei und Staatsanwaltschaft aufgenommen sowie Anzeige erstattet“, so die Fraktionsvorsitzende am 28. Oktober.

Sie hat den Landtags-Präsidenten Christian Carius über die Bedrohungslage gegen die Abgeordnete und ihr Wahlkreisbüro sowie die Nennung des Thüringer Landtages im Neonazi-Lied informiert. Auch die Thüringer Landesregierung ist über den Mordaufruf und die Nennung des Ministerpräsidenten

in dem Lied informiert. „Solche Hetze entsetzt uns, wir lassen uns aber nicht einschüchtern. Katharina König mit ihrem Engagement als Sprecherin für Antifaschismus und als Mitglied im Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss gilt die volle Solidarität der Fraktion. Wir werden alles dafür tun, dass sie ungehindert ihre wichtige Arbeit machen kann.“

Susanne Hennig-Wellsow: „Ich gehe davon aus, dass die Thüringer Polizei rasch ermitteln und die weitere Verbreitung des Mordaufrufs unterbinden wird. Wenn Menschen aus rassistischen, antisemitischen oder neonazistischen Motiven bedroht werden, sind alle gefordert, dagegen den Mund aufzumachen und aktiv zu werden – egal, gegen wen sich die Drohungen richten.“

KOMMENTIERT:

von Frank Kuschel

Blockadehaltung

Das Agieren der Thüringer CDU hinsichtlich der Gebietsreform ist verlogen und doppelzünftig. In den Regionen arbeiten CDU-Akteure konstruktiv an Lösungen, auf Landesebene wird in das Horn der Fundamentalopposition geblasen. Es ist an der Zeit, dass die CDU als starke kommunalpolitische Kraft und selbsternannte Thüringenpartei ihre Verantwortung wahrnimmt und die fundamentale Meckerecke verlässt.

Den jetzt angekündigten Verfassungsklagen der CDU gegen das Vorschaltgesetz zur Gebietsreform sehe ich gelassen entgegen. Sie machen aber deutlich, dass die Union in völliger Blockadehaltung verharrt. Dies ist die Folge der eigenen Profillosigkeit und Ausdruck dafür, dass die Union keinerlei Vorschläge zur Gestaltung der Zukunft des Freistaates hat. Mit Jörn Ipsen hat sich die CDU zudem einen Klagebeauftragten ausgewählt, welcher in der Wissenschaft überaus umstrittene Auffassungen vertritt. Das Vorschaltgesetz ist das Ergebnis eines umfassenden Anhörungs- und Abwägungsverfahrens unter Beteiligung der kommunalen Familie und einer Vielzahl von Sachverständigen. Die CDU wäre besser beraten gewesen, wenn sie das Geld, das sie für die Klagen ausgibt, in das Entwickeln eines eigenen Zukunftskonzeptes für Thüringen investiert hätte, um damit dann in einen Ideenwettbewerb mit Rot-Rot-Grün zu treten. Diese Chance hat sie leider vertan.

Absurd ist auch der Vorwurf, der Ministerpräsident begehe Wortbruch, da er früher vor einer Gebietsreform eine Funktional- und Verwaltungsreform gefordert habe. Dass das jetzt die Leute sagen, die genau diese Schrittfolge verhindert haben, ist ein Stück aus dem Tollhaus. Wir sind schlicht gezwungen, die Reformschritte im Gleichklang zu vollziehen. Die CDU hat in den letzten Jahren die Ergebnisse der Arbeit einer parlamentarischen Enquetekommission, den Bericht einer Expertenkommission wie auch einer eigens eingesetzten Regierungskommission komplett ignoriert. Es wurden kommunale Hilfspakete ohne nachhaltige Wirkung aufgelegt. Der Reformstau muss nun von Rot-Rot-Grün bis 2019 aufgelöst werden.

Frank Kuschel ist kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag

KURZ UND PRÄGNANT

Zum Tag der Verfassung

Zum Tag der Verfassung in Thüringen am 25. Oktober hatte Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Linksfraktion, „eine deutliche Weiterentwicklung der Verfassung“ gefordert. So seien andere Bundesländer, wie z.B. Bayern oder Berlin, bei Volksbegehren zu Themen mit finanziellen Auswirkungen schon viel weiter. „An diesen Ländern sollte sich Thüringen orientieren, damit zukünftig keine Volksbegehren mehr am Finanztafel scheitern.“ Für mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Parlamentsarbeit müssten die Ausschusssitzungen des Landtags grundsätzlich öffentlich werden, so wie in anderen Bundesländern. Aber auch dazu sei eine Verfassungsänderung notwendig.

Ein wichtiges Projekt von Rot-Rot-Grün, für das ebenfalls die Verfassung geändert werden muss, ist die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre für Landtagswahlen und Volksabstimmungen. Damit könnten Jugendliche früher an aktiven Gebrauch sowie an das Lernen und Gestalten von Demokratie herangeführt werden. Staaten wie Österreich haben auf Bundesebene ein solches Wahlalter schon umgesetzt. „Thüringen sollte dahinter nicht zurückbleiben. Auch fordert die Linksfraktion seit Jahren die Abschaffung des Diätenautomatismus. Auch dafür wäre eine Verfassungsänderung notwendig“, betont die Abgeordnete. ■

Scharfe Kritik an der Polemik der CDU

In Schleiz war die Gebietsreform Schwerpunktthema beim Bürgerdialog der Linksfraktion

Etwa 25 Bürgerinnen und Bürger waren am 25. Oktober einer Einladung der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag zum Bürgerdialog in Schleiz gefolgt. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Fraktion vor Ort“ nahmen sie an der Diskussionsveranstaltung in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität teil.

Die Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow, der Wahlkreisabgeordnete und Sprecher der Linksfraktion für Kommunal Finanzen, Ralf Kalich, und Sabine Berninger, Sprecherin für Flüchtlings- und Integrationspolitik sowie Justizpolitik, stellten sich den Fragen. Dem Bürgerdialog vorangegangen war ein Besuch in der Schleizer Werkstätten gGmbH, einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen. Hier war zudem Jörg Kubitzki, gesundheitspolitischer Sprecher der Linksfraktion, mit vor Ort.

Reformschritte debattiert

Beim Bürgerdialog ging es diesmal vor allem um die Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform. Gefragt wurde nicht nur nach den einzelnen Elementen des Reformpakets, sondern auch nach dessen Auswirkungen auf künftige Kommunalwahlen. Debattiert wurde dabei unter anderem die Reihenfolge der Reformschritte. Gefragt wurde auch, warum Rot-Rot-Grün mit dem Thema Gebietsreform nicht offensiver umgeht. Die Zukunft des Landesverwaltungsamtes und der Verwaltungsgemeinschaften spielte ebenso eine Rolle. Während Susanne Hennig-Wellsow die weiteren Schritte der Reform darstellte und Ralf Kalich auf die möglichen regionalen Veränderungen einging, erläuterte Sabine Berninger die Bürgerbeteiligung und verwies auf eine bevorstehende Anhörung im Landtag. Weitere debattierte Themen in Schleiz waren der Komplex Flucht, Asyl, Integration (unter anderem Lehrkräfte für „Deutsch als Fremdsprache“), die Schulsozialarbeit, die Finan-



zierung der Kindertagesstätten, der Ausbau der Windenergie sowie die Abwasserentsorgung, hier speziell biologische Kleinkläranlagen. Mehrere Teilnehmer äußerten scharfe Kritik an der Polemik der CDU und der AG Selbstverwaltung gegen die anstehende Gebietsreform in Thüringen. Es sei verantwortungslos, die Menschen derart zu verunsichern. Zudem wurde mehrfach eine parteiische Berichterstattung der Medien kritisiert. Susanne Hennig-Wellsow warf der CDU vor, keine eigenen Vorschläge zu unterbreiten. Sie charakterisierte die entsprechenden Aktivitäten der CDU als ein „Stakkato der Niederträchtigkeit“. (sw) ■

zierung der Kindertagesstätten, der Ausbau der Windenergie sowie die Abwasserentsorgung, hier speziell biologische Kleinkläranlagen. Mehrere Teilnehmer äußerten scharfe Kritik an der Polemik der CDU und der AG Selbstverwaltung gegen die anstehende Gebietsreform in Thüringen. Es sei verantwortungslos, die Menschen derart zu verunsichern. Zudem wurde mehrfach eine parteiische Berichterstattung der Medien kritisiert.

Susanne Hennig-Wellsow warf der CDU vor, keine eigenen Vorschläge zu unterbreiten. Sie charakterisierte die entsprechenden Aktivitäten der CDU als ein „Stakkato der Niederträchtigkeit“. (sw) ■

Eine echte Chance, in Gute Arbeit zu kommen

Die Arbeitspolitikerin der Linksfraktion, Ina Leukefeld, hatte die Wahlkreiswoche im Oktober genutzt, um sich in verschiedenen Projekten über die Wirkung öffentlich geförderter Beschäftigung zu informieren. „Der Praxistest ist gut bestanden“, sagte sie am Rennsteig bei Oberhof im Gespräch mit Beschäftigten, die gemeinsam mit dem Regionalverband Thüringer Wald und ThüringenForst wichtige Arbeit leisten.

Insgesamt sind am Rennsteig von Marksuhl über Oberhof bis Masserberg und Schleiz 56 Menschen in Arbeit. Karin Eller berichtete, wie aussichtslos es für sie war, mit 62 Jahren noch eine Arbeit zu finden. Vor der Wende Montierin in Langewiesen hatte sie seitdem - bis auf eine kurze Zeit bei QUELLE Nürnberg - in verschiedenen Maßnahmen gearbeitet, meistens Ein-Euro-Jobs. Hier hat sie jetzt nach der Thüringer Richtlinie für öffentlich geförderte Beschäftigung und Gemeinwohl orientierte Arbeit einen richtigen Arbeitsvertrag für zwei Jahre bei 30 Wochenstunden und mit Mindestlohn vergütet. Ihre Arbeit ist freiwillig und sie hofft, so bis zur Rente zu kommen.

Auch andernorts gibt es Gemeinwohlarbeit, die gern angenommen wird. So pflegen z.B. 35 Beschäftigte im Zweckbetrieb des CJD Erfurt/Wei-

mar die Fläche von 160 Hektar in der Gedenkstätte Buchenwald. „Gemeinsam mit meiner Kollegin Diana Lehmann von der SPD-Fraktion habe ich mich sachkundig gemacht, wie dieser Zweckbetrieb funktioniert und warum er sehr erfolgreich arbeitet. Ein Zweckbetrieb ist ein wirtschaftlich ausgerichteter Teilbereich einer Körperschaft, in dem Fall des Christlichen Jugendwerks, die ansonsten gemeinnützig oder öffentlich-rechtlich tätig ist. Hier bekommen Menschen mit Behinderung wie in einem Integrationsunternehmen oder Menschen mit Handicap, also verschiedenen Vermittlungshemmnissen, eine echte Chance in Gute Arbeit zu kommen. Michael Greif, der Leiter dieses Zweckbetriebes, begrüßte die neuen Fördermöglichkeiten des Landes und betonte: 'Wir verstehen uns als Türöffner und Chancengeber für Arbeitssuchende, die schon lange nach einem Job Ausschau halten und bisher wenig Glück hatten. Wir bemühen uns, die Hindernisse gemeinsam mit den Langzeitarbeitslosen aus dem Weg räumen.' Das verdient große Anerkennung. Auch wenn es manchmal etwas bürokratisch zugeht und bei weitem nicht alle Wünsche, an diesem Thüringer Programm zur Verhinderung von Langzeitarbeitslosigkeit teilzuneh-



MdL Ina Leukefeld informierte sich gemeinsam mit der SPD-Abgeordneten Diana Lehmann in der Gedenkstätte Buchenwald über das Projekt des Christlichen Jugendwerks.

Foto (oben): Steffi Schmidt



men, erfüllt werden konnten, so ist doch der Weg richtig, Arbeit zu finanzieren statt Arbeitslosigkeit“, sagte Ina Leukefeld. Die Koalitionsfraktionen werden sich auch weiterhin dafür ein-

setzen, dass die im Doppelhaushalt bereitstehenden finanziellen Mittel von 15 Millionen Euro so effektiv und wirksam wie möglich eingesetzt werden. ■

„Sie sind eben geboren als Multimillionäre“

MdL Mike Huster in der Aktuellen Stunde der Linksfraktion zur Erbschaftssteuer

Die Erbschaftssteuer war auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zu Beginn der letzten Plenarsitzung (28.9.) Thema einer Aktuellen Stunde im Landtag. Folgend aus dem Plenarprotokoll die Rede des finanzpolitischen Sprechers der Linksfraktion Mike Huster:

Seit 1906 gibt es eine deutschlandweite Erbschaftssteuer. Seitdem wird sie gelegentlich reformiert: 1919, 1922, 1955, 1974 und 2008. Interessant ist die Reform von 1919. Wer mehr als eine Million Mark geerbt hatte und selbst schon mindestens 100.000 Mark besaß, musste 90 Prozent Erbschaftssteuer zahlen. Das war so eine Art Bedürfnisprüfung, wie sie das Bundesverfassungsgericht aktuell vom Gesetzgeber verlangt, und es war ein hoher Steuersatz für Superreiche.

Das Bundesverfassungsgericht hat uns aufgetragen, diese Ungerechtigkeit zu beenden

Jetzt sind wir 100 Jahre und einige Steuerreformen weiter und Deutschland hat bei der Erbschaftssteuer Zustände wie im Feudalismus. Milliarden von Euro werden minderjährigen Kindern vererbt oder geschenkt, die selbst nichts von diesem Vermögen erarbeitet haben. Sie sind eben als Multimillionäre geboren. Die Zementierung solcher Vermögensverhältnisse wird auch noch staatlich unterstützt. Für die größten Vermögen gibt es Steuerbefreiungen in Größenordnungen bis hin zur völligen Steuerfreiheit und die Kleinen müssen zahlen. In der DIW-Wochenzeitschrift (36/2016) wurde zur Erbschafts- und Schenkungssteuerstatistik 2011 bis 2014 beschrieben: 144 Milliarden steuerfreie Unternehmensübertragungen, davon steuerfreie Unternehmensübertragungen im Wert von 37 Milliarden Euro an Minder-

jährige, davon 30 Milliarden Euro an 90 Kinder unter 14 Jahren. Das sind im Durchschnitt 327 Millionen Euro pro Kind unter 14 Jahren. Diese Ungerechtigkeit zu beenden hat uns das Bundesverfassungsgericht aufgetragen.

Mit Urteil vom 17.12.2014 hat es einige Teile des Erbschafts- und Steuergesetzes für verfassungswidrig erklärt. Das Gesetz muss geändert werden, weil es gegen Artikel 3, Abs.1 des Grundgesetzes verstößt, in dem bekanntlich steht: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“ Der aktuelle



Kompromiss enthält nun immer noch unverhältnismäßig hohe Vergünstigungen, insbesondere für große Betriebsvermögen. Ich behaupte, dass auch dieser neue Entwurf gegen Artikel 3 Abs. 1 des Grundgesetzes verstößt: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“ Im Übrigen haben drei von acht Verfassungsrichtern in einem Sondervotum auch einen Verstoß gegen Artikel 20 Abs. 1 des Grundgesetzes gesehen. Ich zitiere erneut das Grundgesetz: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“

Ein Gesetz, das dem Gleichheitsgrundsatz und dem Sozialstaatsgebot widerspricht, muss geändert werden. Der vorliegende sogenannte Kompromiss tut dies nicht. Reformbedarf be-

steht weiterhin. Es ist davon auszugehen, dass in den nächsten zehn Jahren in Deutschland jedes Jahr rund 300 Milliarden Euro vererbt oder durch Schenkungen übertragen werden. Bisher werden davon fünf Milliarden Euro Erbschaftssteuer zur Finanzierung des Sozialstaats eingenommen.

Der Staat verzichtet jährlich auf 15 Milliarden Euro

Für den Landeshaushalt sind dies etwa 130 Millionen Euro im Jahr, davon 15 Millionen Euro direkt und der Rest über den Länderfinanzausgleich. Gegenüber den tatsächlichen Einnahmen aus der Erbschaftssteuer beträgt der Wert der Verschonung von Betriebsvermögen etwa das Dreifache. Der Staat verzichtet also auf 15 Milliarden Euro jährlich, um das Verschonen und Vererben von Betriebsvermögen zu verschonen. Dabei ist eine angemessene Begünstigung von kleinen und mittleren Unternehmen wichtig für den Erhalt der Arbeitsplätze. Aber die Privilegierung darüber hinaus, und dann noch ohne tatsächliche Bedürfnisprüfung, ist unverhältnismäßig. Sie schadet dem Wohl der Allgemeinheit und dient nur dem Wohl einiger Weniger.

Das deutsche Erbschaftssteuerrecht ist nach wie vor reformbedürftig. Dabei ist eine mögliche Aufkommenserhöhung nur ein Aspekt am Rande. Das Mindeste, was eine Erbschaftssteuerreform leisten muss, ist, dass derjenige, der schon vor der Erbschaft vermögend ist, nicht auch noch eine Steuerbefreiung bekommt. Abschließend kann ich daher sagen, dass die Position der Thüringer Landesregierung und der Finanzministerin im Vermittlungsverfahren von Bundestag und Bundesrat, diesem faulen Kompromiss nicht zuzustimmen, ihn abzulehnen, aus unserer Sicht die richtige Entscheidung gewesen ist.

VON A BIS Z:

Ökostromumlage

„Das erneute Steigen der Ökostromumlage zeigt das Versagen der Politik der CDU-geführten Bundesregierung“, so Steffen Harzer, Energiepolitiker der Linksfraktion. „Regional, dezentral und erneuerbar sollte die Energiewende umgesetzt werden, nicht mit immer neuen Offshorewindparks und Monsternstromtrassen. Wir haben nicht zu viel Ökostrom im Netz, sondern zu viel Braunkohlestrom.“

Strom aus Braunkohle erreichte im vergangenen Jahr ein Rekordniveau seit 1990. Er verstopft die Stromleitungen, sodass Ökostromanlagen vom Netz genommen werden. Die Betreiber erhalten eine Entschädigung, die nun auf die Stromkunden umgelegt wird. „Dieser Wahnsinn muss beendet werden. Die Bundesregierung muss endlich einen Kohleausstiegsplan und ein Programm zur Markteinführung von Speichertechnologien vorlegen sowie die dezentrale, regionale Erzeugung und Vermarktung des Ökostromes ermöglichen“, fordert Steffen Harzer und ist überzeugt, dass mit weniger Braunkohlestrom die Energieversorgung in Deutschland gesichert werden kann. „Die ideale Brückentechnologie sind hocheffiziente Gaskraftwerke, die nur die Hälfte des CO₂-Ausstoßes der Kohle haben und flexibel einsetzbar sind. „Der Windkraftausbau im Norden und der Transport über neue Trassen nach Süddeutschland führt zu steigenden Kosten in den nächsten Jahren und stellt die Energiewende mehr und mehr in Frage“, so der Abgeordnete.

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen sind anberaumt vom 9. bis 11. November sowie vom 7. bis 9. Dezember. Bei Interesse an Teilnahme an einer der Tagungen auf der Besuchertribüne im Erfurter Landtag bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE melden (Tel. 0361 3772295).

Ausstellung:

Die Ausstellung „Synagogen in Thüringen und in Europa“ des Malers Michail Balan wird im Beisein des Künstlers am 8. November um 13 Uhr in der Flurgalerie der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag in der 4. Etage des Fraktionsgebäudes feierlich eröffnet.

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

Islamausstellung

Die muslimische Ahmadiyya Muslim Jamaat-Gemeinde möchte der Öffentlichkeit die zahlreichen Facetten des Islams vermitteln und damit vorherrschende Stereotypen und Vorurteile über die Religion aufbrechen und die Vorstellungen der Thüringerinnen und Thüringer über den Islam um neue Perspektiven bereichern.

Dazu präsentiert sich die Gemeinde in Kooperation mit den Fraktionen von DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 2. bis 16. November mit der Islamausstellung „Eine Reise durch die islamische Zeit“ auf den Fluren der Koalition im Thüringer Landtag. Die Ausstellung kann täglich, außer sonntags, in der Zeit von 10 bis 20 Uhr im Fraktionsgebäude besichtigt werden.

Bürgergutachten

Das Bürgergutachten zur Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform startete am 27. Oktober in Suhl. Die erste Planungszelle aus zufällig ausgewählten Südthüringern war mit 24 engagierten Teilnehmerinnen und Teilnehmern aller Altersgruppen voll besetzt. Die Zufallsauswahl ermöglicht, dass Menschen, die sich sonst möglicherweise nicht zu Wort melden, in die Debatte einbezogen werden. In den kommenden Wochen werden weitere Planungszellen in Tambach-Dietharz, Gera und Mühlhausen stattfinden. Die Ergebnisse werden Anfang nächsten Jahres in einem Bürgergutachten veröffentlicht. Die Bürgerinnen und Bürger werden dann noch einmal zu einer Feedback-Veranstaltung geladen.

Entgeltgleichheit

Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion, sagte zum Tag der betrieblichen Entgeltgleichheit am 14. Oktober mit Blick auf die Männer: „Sie könnten ab heute zu Hause bleiben und hätten dann im Schnitt genausoviel verdient, wie ihre Kolleginnen am Jahresende. Gleiche und gleichwertige Arbeit muss auch gleich bezahlt werden. Leih- oder Werkarbeiter machen keine andere Arbeit als ihre Kollegen. Wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, müssen wir natürlich zuerst dafür einstehen, dass Frauen den gleichen Lohn bekommen wie Männer. Dafür stehen wir solidarisch an der Seite unserer Kolleginnen und unterstützen sie in ihrem Kampf, wo immer sie uns brauchen.“

KURZ UND PRÄGNANT

Fachtagung zur Novelle des Hochschulgesetzes

Zu einer Fachtagung „Streiten für offene, demokratische und soziale Hochschulen“ laden die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und die LAG Wissenschaft und Hochschule der Landespartei DIE LINKE am Freitag, den 18. November, 10 bis 13 Uhr, in die Notenbank Weimar, Großer Saal, Steubenstraße 15, ein. Der Thüringer Hochschuldialog geht derzeit mit den Werkstattgesprächen in seine dritte und finale Phase. Zu Beginn des Jahres 2017 wird das Thüringer Wissenschaftsministerium dann mit dem Vorschlag für ein novelliertes Thüringer Hochschulgesetz die Debatte im Landtag eröffnen. Für DIE LINKE heißt das: Zeit für eine erneute Positionsbestimmung entlang der drei Grundpfeiler, die wir für unsere Hochschullandschaft als unerlässlich betrachten: offen, demokratisch und sozial. Sprechen werden Prof. Dr. Tilman Reitz, FSU Jena, Marie-Theres Piening, Landsausschuss der Studentinnen und Studenten (LASS) in der GEW Thüringen, und Prof. Dr. Walter Bauer-Wabnegg, Präsident der Universität Erfurt. ■

Allgemeiner Anstieg der Lebenserwartung

Die Lebenserwartung in Thüringen bewegt sich auf nahezu konstantem Niveau, so das statistische Landesamt, das 2013/2015 mit dem vorherigen Berechnungszeitraum 2012/2014 verglich. Demnach wird ein in Thüringen geborenes Mädchen 83 Jahre alt, ein Junge kann mit einem Alter von 77,2 Jahren rechnen. Im Vergleich zum Berichtsraum 1998/2000 ist dies eine Erhöhung um 2,9 Jahre bei den Mädchen sowie um 3,7 Jahre bei den Jungen. Vor allem die Mädchen haben den Vorsprung anderer Bundesländer nahezu aufgeholt. So ist die Lebenserwartung weiblicher Neugeborener in Thüringen inzwischen lediglich 0,04 Jahre geringer als die des gesamtdeutschen Durchschnitts. Jungen haben hingegen noch einen Rückstand von knapp einem Lebensjahr im Vergleich zum gesamtdeutschen Durchschnitt. Über den allgemeinen Anstieg der Lebenserwartung dürfen sich auch die älteren Generationen freuen.

1988/1990 hat sich die Lebenserwartung eines 65jährigen Mannes um 4,5 Jahre auf 17,2 weitere Lebensjahre erhöht. Gleichaltrige Frauen haben rein rechnerisch noch 20,6 Jahre vor sich, was einer Erhöhung um 5,0 Jahre entspricht. Ab dem 80. Geburtstag kann grundsätzlich noch von 7,5 weiteren Jahren bei den Männern bzw. 8,9 weiteren Jahren bei den Frauen ausgegangen werden. ■

Thüringen inklusiv - mittendrin statt nur dabei

Unter dem wegweisenden Titel „Mittendrin statt nur dabei: Thüringen inklusiv!“ fand am 27. Oktober im Plenarsaal des Landtags der 7. Thüringer Sozialgipfel der Parität statt. Für eine inklusive Gesellschaft müssten noch viel stärker Barrieren abgebaut werden, hatte Margit Jung, Landtagsvizepräsidentin, zur Eröffnung betont. Von einem noch sehr weiten Weg hin zur gleichberechtigten Teilhabe für alle hatte Sozialministerin Heike Werner in ihrem Grußwort gesprochen. Das Thema Inklusion wurde aus sozialwissenschaftlicher Sicht in einem Impulsreferat von Prof. Dr. Ronald Lutz, Fachhochschule Erfurt, kritisch beleuchtet.

An der Podiumsdiskussion nahm – neben auch den Vertreterinnen der Fraktionen LINKE, CDU, SPD und Grüne – mit Andreas Leopold vom Erfurter Verein „Zukunft Sozialraum“ ein engagierter Praktiker aus der Sozialarbeit teil. Dabei wurde deutlich, wie vielseitig sich die Thematik Inklusion darstellt. So ging es um die Grundsätze des Bundesteilhabegesetzes, die inklusive Bildung und Förderung im Bereich der Schule und um Teilhabemöglichkeiten älterer Menschen im ländlichen und städtischen Raum.

Die darauf folgenden Workshops zu den Themen generationsübergreifende soziale Arbeit vor Ort, selbstbestimmt leben und Inklusion im Fokus von Arbeit boten eine gute Gelegenheit, die Möglichkeiten und Ansätze eines Inklusionsprozesses aus unterschiedlichen Perspektiven zu betrachten. Karola Stange, sozialpolitische Sprecherin der



Linksfraktion, erklärte: „Eine solche Veranstaltung ist ein wichtiges sozialpolitisches Instrument, um mit einer Vielzahl von Vertretern aus der Gesellschaft, aus Verbänden und Vereinen das umfassende Thema Inklusion zu diskutieren und neue Ansätze zu besprechen. Dabei geht es nicht nur um Menschen mit Behinderungen, sondern um die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben. Dies muss noch weiter in das Bewusstsein der Menschen gelangen. Der Sozialgipfel hat dazu beigetragen, weiter für die Inklusion zu sensibilisieren, konkrete Handlungsansätze zu erörtern und einem solch wichtigen Anliegen einen würdigen Rahmen zu bieten.“

In Vorbereitung des 7. Thüringer Sozialgipfels war Karola Stange zuvor mit einigen Vorstandsvorsitzenden, Ortsvorsitzenden und Mitgliedern des Thüringer Seniorenverbandes BRH e.V. zu einer spannenden Gesprächsrunde zusammengelassen. Dabei ging es un-

ter anderen um die Themen Rentenfinanzierung, Altersarmut und Altersversorgung sowie die Lohnangleichung Ost/West.

Steffi Schmidt

Reformationsjubiläum für Tourismusschub nutzen

„Nach dem eher schwachen Start ins Jahr 2016 zeigen die Augustzahlen für den Thüringen-Tourismus klar nach oben. Nun gilt es, diesen Trend zu verstärken. Die Koalitionsfraktionen werden im November einen Antrag einbringen, der sich der gezielten und nachhaltigen touristischen Nutzung von Reformationsjubiläum und Deutschem Wandertag 2017 in Eisenach widmet“, sagte MdL Knut Korschewsky.

Insbesondere den guten Zahlen des Städtetourismus ist die positive Gesamtentwicklung zu verdanken, womit sich auch in Thüringen der bundesdeutsche Trend fortsetzt. Es bleibt aber unbestritten Aufgabe der Landespolitik, für eine gesamtheitliche Entwicklung des Tourismus in allen Landesteilen zu arbeiten. Hier stehen uns mit dem Reformationsjubiläum und dem Deutschen Wandertag zwei großartige Möglichkeiten zur Verfügung, um Thüringen als hervorragendes Reiseziel und Wanderland Nummer Eins in Deutschland zu präsentieren – mit unseren Städten, aber auch mit der Vielfältigkeit von Natur und Kultur in der Fläche“, betonte der LINKE Tourismuspolitiker.

Er verwies auch auf begründete Hoffnungen auf steigende Gästezahlen aus dem Ausland. Zu danken sei der Thüringer Tourismus GmbH (TTG) für ihr Engagement. „Seit dem German Travel Mart 2015 in Erfurt mit einer gezielten Fokussierung des Tourismusmarketings auf potenzielle und lukrative Quellmärkte ist es gelungen, für das kommende Jahr neue Gästegruppen für Thüringen zu gewinnen. So werden allein 100.000 Gäste aus den USA erwartet. Nun muss es im Zentrum der Bemühungen von Touristikerinnen und Touristikern, aber auch der Landespolitik stehen, ein Ambiente zu bieten, welches zum Wiederkommen einlädt, um nachhaltig unsere Tourismuswirtschaft zu stärken.“ ■

Kosovarische Lehrerdelegation zu Gast



Eine Delegation der Kosovarischen Bildungsgewerkschaft weilte kürzlich zu einem mehrtägigen Besuch in Thüringen. Neben Gesprächen mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und Besuchen in Schulen und Kindereinrichtungen stand auch eine Visite im Thüringer Landtag auf dem Programm. In einem ausführlichen Gespräch mit dem bildungspolitischen Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Torsten Wolf, (im Foto 4. von links) informierten sich die Kosovaren über aktuelle Aufgaben und Probleme im Bildungsbereich in Thüringen. Die Überleitung der Horte und die Pläne der Koalition in der Lehrerbildung waren zwei Punkte, die besonderes Interesse hervorriefen. Ein Termin mit der Fraktionsvorsitzenden Susanne Hennig-Wellsow und ein Besuch der ehemaligen Gestapo-Haftzellen im Keller des Landtagsgebäudes schlossen den Tag ab. ■

S.K.

DAS THEMA

Am Rande der Anhörung des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Neuregelung des Bundesarchivrechts am 19. Oktober in Berlin kritisierte Katja Mitteldorf, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und Sprecherin für Kulturpolitik der Fraktion:

„Im Gesetzentwurf versteckt sich eine gravierende Einschränkung der Informationsfreiheit und künftiger historischer Forschung und journalistischer Arbeit. Akten aus den deutschen Nachrichtendiensten sollen nach dem Willen der Bundesregierung künftig nur noch eingeschränkt an das Bundesarchiv zur Verwahrung gegeben werden.“

Es ist zu befürchten, dass die Neuregelung zu einem Freifahrtschein für die Nachrichtendienste wird, historisch relevante Akten zurückzuhalten und gegebenenfalls zu vernichten. Ich fordere die Bundesregierung auf, diese Regelung zu streichen – oder noch besser: ausdrücklich die Abgabepflicht für alle Akten aus den Nachrichtendiensten an die zuständige und entsprechend gesicherte Stelle für Verschlussachen im Bundesarchiv festzuschreiben, um eine dauerhafte und vollständige Archivierung zu gewährleisten. Die Vernichtung von NSU-Akten macht doch deutlich, wie wichtig klare Ansagen an die Dienste und ein Schredder-Verbot sind. Staatliches Handeln muss für

Fachkonferenz zur Thüringer Vergabepaxis

Zu einer Fachkonferenz unter dem Titel „Die Thüringer Vergabepaxis gestalten – sozial, ökologisch, innovativ“ laden die Linksfraktion im Thüringer Landtag und das Europabüro Gabi Zimmer am Freitag, den 4. November, in der Zeit von 10 bis 17 Uhr nach Eisenach in die Duale Hochschule, Alte Aula (Raum 305), Am Wartenberg 2, ein.

Hintergrund der Konferenz: Mit der Reform des Vergaberechts hat die EU 2014 die Möglichkeiten sozialer, ökologischer und innovativer Rahmensetzungen gestärkt. Das wirtschaftlichste Angebot soll nicht mehr automatisch mit dem billigsten Angebot gleichgesetzt werden. 2016/17 steht Thüringen vor einer umfassenden Novellierung des Thüringer Vergabegesetzes. Schon die Überschrift im Koalitionsvertrag, wo bereits von einem „Vergabe- und Tariftreugesetz“ die Rede ist, macht deutlich, es geht um mehr Gute Arbeit, Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen und regionalen Wirtschaftskreisläufen. Zugleich ist darauf zu achten, dass bürokratische Hürden ab- statt ausgebaut werden, um auch kleinen und kleinsten Unternehmen die Möglichkeit einzuräumen, von staatlichen Aufträgen profitieren zu können. Nähere Informationen zum Ablauf der Konferenz auf der Internetseite der Linksfraktion:

www.die-linke-thl.de

Freifahrtschein für Nachrichtendienste

MdL Katja Mitteldorf zum neuen Bundesarchivgesetz

künftige Generationen nach Ablauf der gesetzlichen Sperrfristen für Bürger, Forschung und Journalismus transparent und nachvollziehbar sein – das ist eine wichtige Aufgabe des Bundesarchivs und der Landesarchive. Die Neuregelung bedeutet im Ergebnis, dass die Nachrichtendienste selbst entscheiden können, welche Akten sie zur Archivierung abgeben, welche sie bündeln und welche sie vernichten.“

Laut Gesetzentwurf sollen Akten der Nachrichtendienste dem Bundesarchiv nur angeboten werdend, wenn sie „deren Verfügungsberechtigung unterliegen“ und „überwiegende Gründe des Nachrichtenzugangs“ einer Abgabe an das Archiv „nicht mehr entgegenstehen“.

Nachrichtendienste entscheiden dann stärker als bisher selbst, welche Akten zur Archivierung angeboten werden. Akten, die einer Geheimhaltungspflicht unterliegen, werden im Bundes- und den Landesarchiven besonders gesichert aufbewahrt und unterliegen langjährigen Schutzfristen. Bereits die jetzigen Regelungen berücksichtigen die Interessen der Nachrichtendienste umfassend.

Im Vorfeld der Anhörung hatten auch der „Verband der deutschen Archivarinnen und Archivare“, der „Deutsche Journalistenverband“, das „Netz-

werk Recherche“, die Bundesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, die Initiative „Netzpolitik.org“ und die „Deutsche Gesellschaft für Informationsfreiheit“ diese Einschränkungen im Gesetzentwurf abgelehnt.

„Die Bundesregierung stellt in ihrer Begründung für die Neuregelung sicherheitspolitische Erwägungen und die Interessen der deutschen und ausländischer Nachrichtendienste über Informationsfreiheit und die Interessen von Wissenschaft und Journalismus. Forschung über die Arbeit der heutigen Nachrichtendienste würde mit den Regelungen deutlich erschwert oder gar unmöglich. Das ist eine schwere Hypothek für die Zukunft, um staatliches Agieren zu erforschen, zu dokumentieren und transparent zu machen“, so Katja Mitteldorf.

Mit einem Entschließungsantrag zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Thüringer Archivgesetzes wollen die Koalitionsfraktionen Erhalt, Weiterentwicklung und Förderung der Vielfalt der Thüringer Archive stärken. Die Landesregierung soll eine Novellierung des Thüringer Gesetzes über die Sicherung und Nutzung von Archivgut nach Beschluss und Umsetzung des neuen Bundesarchivgesetzes vorlegen. ■

Hilfe für Projekt „Benny lernt Deutsch“

Einen Spendenscheck des LINKE-Abgeordnetenvereins Alternative 54 Erfurt e.V. hatte MdL Ronald Hande für Schulkinder mit Migrationshintergrund in der Staatlichen Grundschule Schmalkalden überreicht. Die Unterstützung wird dort dringend für ein Projekt der IFBW Schmalkalden e.V.

sie ein Wort Deutsch. Das Projekt bietet ihnen ergänzend zum Schulunterricht individuelle sprachliche und soziale Förderung. Ziel ist es, den Kindern spielerisch und künstlerisch in Form von Liedern, Gedichten, Tänzen und Darstellungsspielen die deutsche Sprache, Kultur und Lebensart nahe zu



benötigt. Das Projekt „Benny lernt Deutsch“ beinhaltet die Sprachförderung für Kinder im Alter von sechs bis zehn Jahren. Mit Benny lernen die Mädchen und Jungen, die aus Serbien, Mazedonien, Rumänien, Syrien und anderen Ländern stammen, die deutsche Sprache. Einige von ihnen haben weder eine Schule besucht, noch können

bringen, um damit die Chancen zur Integration zu fördern. Heike Ornigg, die Sprachlehrerin, und Markus Reiss als Projektleiter dankten im Namen der Kinder dem Abgeordneten Ronald Hande sehr herzlich.

Ilona Schaff,
Wahlkreismitarbeiterin

KURZ UND PRÄGNANT

Kulturkonferenz im Thüringer Landtag

Im Rahmen der „Thüringer R2G-Kulturwerkstatt“ wollen die Koalitionsfraktionen gemeinsam mit Akteurinnen und Akteuren aus ganz Thüringen die Möglichkeiten und Grenzen des geplanten Thüringer Kulturgesetzes ausloten. Die Veranstaltung findet am Dienstag, den



THÜRINGER
R2G KULTUR
WERKSTATT

15. November, im Landtag in Erfurt, Raum F 101, in der Zeit von 09.00 bis 16.30 Uhr statt. Das Impulsreferat hält Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Im Programm verschiedene Workshops und Gesprächsrunden. Nähere Informationen: www.die-linke-thl.de ■

Ein Behandlungsfall kostet 4.051 Euro

Ein Behandlungsfall in einem Thüringer Krankenhaus kostete 2015 durchschnittlich 4.051 Euro. Damit stiegen im Jahr 2015 in den 44 Thüringer Krankenhäusern die Gesamtkosten gegenüber dem Vorjahr um 2,8 Prozent, so das Landesamt für Statistik. Knapp zwei Drittel der Gesamtkosten waren Personalkosten. Ein Drittel der Personalkosten wurde für den ärztlichen Dienst verausgabt, 488 Millionen Euro bzw. 29,9 Prozent für den Pflegedienst, 237 Millionen Euro (14,5 Prozent) für den medizinisch-technischen Dienst und 158 Millionen Euro (9,7 Prozent) für den Funktionsdienst. Mit 947 Millionen Euro entfiel mehr als ein Drittel der Gesamtkosten der Krankenhäuser (36,2 Prozent) im Jahr 2015 auf Sachkosten. Gegenüber 2014 erhöhten sich diese Ausgaben um 26 Millionen Euro bzw. 2,8 Prozent. Von den Sachkosten entfiel im vergangenen Jahr rund die Hälfte (488 Millionen Euro bzw. 51,5 Prozent) auf den medizinischen Bedarf, wie z.B. Arzneimittel, ärztliches und pflegerisches Verbrauchsmaterial, Instrumente, Narkose- und sonstiger OP-Bedarf, Laborbedarf und Implantate. ■

Viel Abwechslung

NACHGEFRAGT bei Max Pelka, Praktikant in der Fraktion

Du bist 17 Jahre alt, kommst aus Erlau und besuchst die 10. Klasse des Hennebergischen Gymnasiums „Georg Ernst“ in Schleusigen. Wie kamst Du zum Praktikum bei der Fraktion DIE LINKE?

Da ich mich in der Schule sehr für die Gesellschaftswissenschaften interessiere, insbesondere Geschichte, Sozialkunde und Wirtschaft, liegt auch mein Hauptaugenmerk auf der Politik in Deutschland und der Welt. Am Ende der 9. Klasse stand dann ein Schülerpraktikum an und ich versuchte, einen Praktikumsplatz, der in meiner Interessensrichtung lag, zu bekommen. Ich wollte zuerst einmal einen Einblick in die Politik des Freistaates Thüringen bekommen und deshalb bewarb ich mich bei einer Fraktion des Landtages. Ich habe mich für die DIE LINKE entschieden, weil ich viele Ansichten der Partei teile und glaube, dass sie Thüringen zukunftssicher und sozialer machen kann.

In welchem Arbeitskreis und mit welchen Abgeordneten warst du unterwegs?

Ich war im Arbeitskreis Infrastruktur und Landwirtschaft tätig. Die Themen dieses Arbeitskreises sind Wohnen, Verkehr, Landwirtschaft und Forsten. Es war sehr interessant und gestaltete sich abwechslungsreich. Ich war mit den Abgeordneten Ute Lukasch, Dr. Gudrun Lukin, Dr. Johanna Scheringer-Wright, Susanne Hennig-Wellsow, Diana Skibbe und Christian Schafft unterwegs und konnte die Abgeordneten

teilweise in die Ausschusssitzungen begleiten. Die Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow hat mich zur Landespressekonferenz mitgenommen und in ihr Jugendbürowahlkreisbüro in Erfurt eingeladen.

Mit Christian Schafft konnte ich an einer spannenden und kontroversen Podiumsdiskussion mit einer Schulklasse teilnehmen. Außerdem war ich mit Diana Skibbe zu einer sehr aufschlussreichen Veranstaltung über Schuldner- und Insolvenzberatung.

Welche Aufgaben musstest du bewältigen?

In erster Linie habe ich in den Ausschüssen und den Fraktionssitzungen zugehört und mir Notizen gemacht. Danach konnte ich den Abgeordneten die eine oder andere Frage stellen, aber mit ihnen auch über andere Themen, die Thüringen und Deutschland betreffen, gut diskutieren. Frau Lukasch hat mich auch in ihren Wahlkreis mitgenommen und mir diesen ausführlich gezeigt. Ich konnte bei der Plenumsitzung zuschauen und sogar den Ministerpräsidenten Bodo Ramelow treffen.

Welchen Eindruck hast du von der Arbeit im Arbeitskreis?

Die Themen sind vielschichtig und komplex, daher ist die Arbeit sehr anspruchsvoll. Es muss durch die Abgeordneten und Referenten viel bedacht und diskutiert werden. Jedoch kann meist dank der guten Zusammenarbeit eine Lösung für das Thema gefunden werden und es kommt ein gemeinsamer Standpunkt zustande.



Max Pelka mit der Abgeordneten Ute Lusch in der Landtagsfraktion.

Wie hat dir das Praktikum bei der Fraktion gefallen?

Mir hat das Praktikum bei der Fraktion sehr gut gefallen. Es war sehr interessant und ich konnte viel über die Politik im Freistaat, Abgeordnetenarbeit, die Arbeit in Arbeitskreisen und innerhalb der Koalition erfahren. Außerdem konnte ich sehr viele nette Leute kennenlernen, die mir meine Fragen beantwortet haben und mit denen ich Meinungen und Gedanken teilen konnte.

Ich möchte mich auch nochmal bei der Fraktion, die mir das Praktikum ermöglicht hat, den Abgeordneten und den wissenschaftlichen Mitarbeitern, die mir alle mit Rat und Tat zur Seite standen und sich Zeit genommen haben, herzlich bedanken. Und ich hoffe, dass ich auch bald wieder ein Praktikum bei der Fraktion machen kann. ■

Mit „Nächster Ecke Links“ alternativ ins Studium einführen

Der Erfurter Landtagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE Christian Schafft hatte kürzlich die Initiatorinnen und Initiatoren der Alternativen Studieneinführungstage in Erfurt besucht und ihnen einen Spendenscheck der Alternative 54 Erfurt e.V. überreicht.

Unter dem Slogan „Nächste Ecke Links“ bieten die Alternativen Studieneinführungstage (neuen) Studierenden der Universität und Fachhochschule Erfurt die Möglichkeit, die Hochschulen, die Stadt und Thüringen kennenzulernen. Das Besondere daran ist, dass das Augenmerk dabei auf linken, ökologischen und gesellschaftskritischen Aktivitäten liegt. Bei den Einführungstagen können Interessierte sich vernetzen, Kontakte knüpfen, alternative Strukturen in Erfurt kennenlernen sowie gemeinsam Alternativen zu den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen diskutieren und entwickeln.

Organisiert wird „Nächste Ecke Links“ von verschiedenen Initiativen und Vereinen. Mit dabei sind zum Beispiel die Naturfreundejugend Erfurt, der Infoladen Sabotnik, das Bildungskollektiv Biko oder auch der Antira Campus. Weitere Informationen zu den Alternativen Studieneinführungstagen



und das Programm sind unter <http://einfuehrungstage.blogspot.de> zu finden.

Stephanie Borck

Allein im September hat der Verein der LINKE-Landtagsabgeordneten Alternative 54 Erfurt e.V. an 26 Vereine und Verbände in Thüringen Zuwendungen in einer Gesamtsumme von 10.300 Euro ausgereicht. Bisher wurden in diesem Jahr 173 Projekte mit 65.700 Euro gefördert, besonderes Augenmerk lag auf Vorhaben im Bildungsbereich. Seit Gründung des Vereins vor 21 Jahren wurden mehr als 1,1 Millionen Euro aus den Abgeordneten-Diäten gespendet. ■

Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

E-Mobilität im Fokus

„Die Koalition setzt sich für die Förderung der Elektromobilität ein, sowohl beim öffentlichen Verkehr als auch beim Individualverkehr“, heißt es im Koalitionsvertrag von DIE LINKE, SPD und Grünen in Thüringen. Die Landesregierung soll nicht nur einen Infrastrukturplan E-Mobilität erarbeiten. Die Forschungsförderung in den Bereichen moderne und ökologische Verkehrssysteme und Antriebstechnologien stellt eine Priorität dar.

Mit ihrem neuen Professor für Angewandte Elektrochemie stößt die Friedrich-Schiller-Universität Jena genau in diesen Komplex vor. Prof. Dr. Andrea Balducci forscht zu „Superkondensatoren“, zu elektrochemischen Speichersystemen, die ihre gespeicherte Energie extrem schnell wieder abgeben können.

Ein wichtiges Anwendungsfeld dieser Superkondensatoren liegt bei der Elektromobilität. Balducci will die schnellen Energiespeicher leistungsfähiger, kostengünstiger und sicherer machen. Ein Weg dazu ist der Einsatz innovativer Materialien. Zu ihnen zählen flüssige Salze, die aufgrund ihrer chemischen Eigenschaften den Einsatz der Superkondensatoren auch unter extremen Bedingungen möglich machen. Institutionell ist seine Forschung am Jenaer „Center for Energy and Environmental Chemistry“ angesiedelt, das gemeinsam von der Universität und dem Fraunhofer IKTS Hermsdorf/Dresden betrieben wird. Die internationale Bedeutung des Standorts wird auch daran deutlich, dass sich im Juli 2017 die weltweit führenden Forscher auf dem Gebiet der Superkondensatoren zu einem Symposium in Jena treffen werden.

Der aktuelle Weltrekord in Sachen Beschleunigung von Null auf Hundert liegt bei Automobilen derzeit bei nur anderthalb Sekunden, wie die Universität Jena mitteilt. Gehalten wird er übrigens von einem Elektrofahrzeug. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Dr. Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.